

BUNDESLÄNDER

POLIZEI-RESERVE

Nur total

Schleswig-Holstein will auf die Bonner Administration nicht länger warten: „Die-Landesregierung“, so sagte Ministerpräsident von Hassel vor dem frischgewählten Kieler Parlament, „wird sich jedenfalls nicht davon abhalten lassen ... alle Maßnahmen zu treffen, die im Verteidigungsfalle die Aufrechterhaltung der Staatsgewalt gewährleisten.“

Der Regierungschef des nördlichsten Bundeslandes meinte damit Pläne seines Innenministers Dr. Helmut Lemke, die Notstandsgesetzgebung des Bundes durch Landesgesetz für Schleswig-Holstein vorwegzunehmen. Lemke möchte für das Chaos eines Krieges gerüstet sein.

Mit dem „Gesetz über die Rechtsstellung der Freiwilligen Polizei-Reserve“ — einer Truppe von mindestens 5000 freiwilligen Schleswig-Holsteinern, die der Polizei des Landes bei Bedarf zur Seite treten sollen, will der Innenminister „die Erfassung... von Lebensmitteln und Versorgungsgütern, die Leitung von Flüchtlingsbewegungen, den Objektschutz oder den erweiterten Schutz von Leben und Eigentum der Bürger“ sicherstellen. Lemke: „Die Stärke der Polizei (soll) ganz wesentlich erhöht werden.“

Geeignete Freiwillige, die zum Dienst bei Lemkes Volontären bereit sind, sollen vom Innenminister offiziell berufen werden und sich an höchstens 45 Tagen im Jahr auf ihren Einsatz vorbereiten.

Im Konfliktfall sollen die uniformierten Polizisten auf Zeit den örtlichen Polizeikommandeuren zur Unterstützung beigegeben werden. Ministerialdirektor Klaus von der Groeben deklarierte die beabsichtigte Polizei-Reserve als „Verstärkung unserer Verteidigungsbereitschaft“ und kündigte an, man werde die Polizisten auf Zeit mit Handfeuerwaffen ausrüsten.

Lemkes Entwurf eines Gesetzes für die Stunde der Not geht auf eine Prognose des damaligen Bundeswehrmajors Wilhelm Kohler zurück, der bereits im April 1958 die Notwendigkeit zusätzlicher Ordnungskräfte in Krisenzeiten betonte. Kohler, dessen Gutachten sich mit dem Flüchtlingsproblem im Ernstfall befaßte:

▷ Aus einem 100 Kilometer breiten Streifen entlang der Zonengrenze müßten innerhalb von fünf Tagen 80 Prozent der Bevölkerung — rund 9,8 Millionen Menschen — abtransportiert werden. Ziehe man den zu evakuierenden Streifen 150 Kilometer breit, wären es 14,2 Millionen.

▷ Für die Unterbringung der Bevölkerung seien Flüchtlingslager und Zeltstädte zu errichten.

Da die Zahl der stationär zu behandelnden Verletzten und Kranken schon „ohne Feindeinwirkung“ auf 300 000 geschätzt werden müsse, seien überdies Hilfslazarette anzulegen.

„Alle Straßen“, so Kohler, „die nicht für die Fernevakuumierung vorgesehen sind, bleiben hermetisch abgeriegelt, um die Flucht auf eigene Faust zu verhindern. Die Flüchtlings-Polizei ... muß mit besonderen Rechten ausgestattet werden, um Verstöße gegen die Marsch-

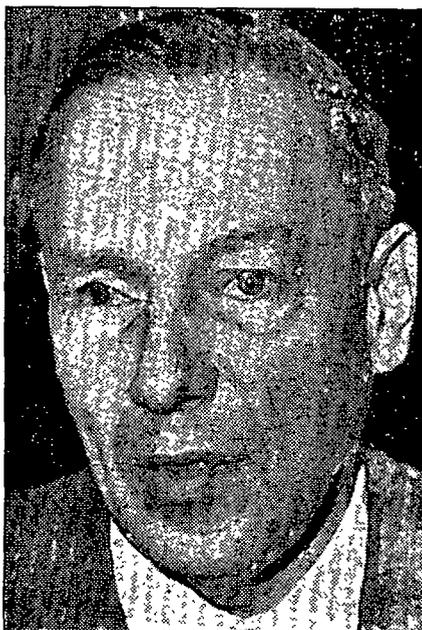
disziplin mit scharfen Maßnahmen zu ahnden.“

Und schließlich: „Alle Vorbereitungen auf eine kommende Auseinandersetzung sind heute nur total.“

Die Ministerialbürokraten im schleswig-holsteinischen Innenressort kannten den Kohler-Report bereits seit 54 Monaten, handelten aber erst, als die Ergebnisse des Nato-Manövers „Fallex 62“ (SPIEGEL 41/1962) in den Kieler Amtsstuben vorlagen und Kohlers Gutachten anschaulich bestätigten.

Für die ärztliche Versorgung und die Bereitstellung von Lebensmitteln hat Schleswig-Holstein schon vorgesorgt: Vier Sanitätslager sind fertig eingerichtet, 123 Gebäude können in kurzer Zeit in Hilfslazarette umgebaut werden, Löschzüge stehen bereit und Depots mit Lebensmitteln sind über das ganze Landesgebiet verteilt.

Es fehlen jedoch noch Hilfskräfte zur Unterstützung der Polizei, die ihren Dienst beispielsweise dann zu erfüllen



Schleswig-Holsteins Innenminister Lemke
Freiwillige fürs Chaos

hätten, wenn „das Land Schleswig-Holstein seine Bevölkerung im eigenen Gebiet und eventuell nach Dänemark hin auflockert“ (Kohler).

Kiels Sozialdemokraten meldeten Bedenken gegen Lemkes Notstands-Polizisten an. „Was ist polizeilicher Notstand?“ fragte der SPD-Abgeordnete Gerhard Strack. „Wer stellt ihn fest?“ Und: „Man muß durch klare Definitionen gewährleisten, daß eine Partei sich nicht die Mittel der Exekutive sichern kann.“

Auf die Zustimmung der Kieler Oppositionsparteien ist von Hassels Regierung aber angewiesen. Die allein regierende CDU verfügt im Landtag über 34, die Oppositionsparteien SPD, FDP und SSW hingegen über 35 Sitze.

Im Innenausschuß des Kieler Landtags, dem die Sozialdemokraten ihre verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Freiwillige Polizeiarmee vortragen wollen, steht Innenminister Lemke mit seinem Gesetzentwurf folglich einsteilen noch vor den gleichen Schwierigkeiten wie sein Kollege in Bonn.

INDUSTRIE

AUTOMATION

Die toten Säle

Seit VW-Generaldirektor Heinz Nordhoff die Fertigung von Schalttafeln für den Volkswagen vollmechanisiert hat, konnten die Arbeiter dieser Abteilung ihre Produktionsleistung nahezu um das Fünffache erhöhen.

Heute stellt jeder der in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter alle elf Minuten eine Schalttafel für die elektrische Anlage des VW fertig. Vor der Vollmechanisierung hingegen hatte ein Arbeiter für das gleiche Ergebnis 57 Minuten benötigt. Im Zuge der Rationalisierung konnte die Zahl der in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter von 278 auf 54 reduziert werden.

Das Eisenwerk Streuber & Lohmann GmbH in Herford ging vor einem Jahr dazu über, statt der unhandlichen Zinkbadewannen im halbautomatischen Verfahren Kunststoffbadewannen zu produzieren. Seitdem stellt eine angeleitete Arbeiterin pro Stunde 45 Wannen her. Zuvor hatten 30 Metallarbeiter eine Stunde benötigt, um die gleiche Anzahl verzinkter Badewannen zu produzieren.

Der Elektrokonzern Siemens verzichtete bei der Herstellung von Fernsprengeräten auf viele Blech- und Edelmetallteile zugunsten von Kunststoffen und setzte Automaten ein. Ergebnis: Die Produktion wurde verdoppelt, obwohl die Zahl der dabei Beschäftigten von 2205 auf 1752 verringert wurde.

Durch die sogenannte Hochmechanisierung sowie durch Teil- und Vollautomation werden in der westdeutschen Industrie immer mehr Arbeitskräfte überflüssig. Die zweite technische Revolution wird nach Schätzungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung (München) jährlich etwa sechs Prozent aller Erwerbstätigen aus ihren Stellen verdrängen. Maschinen und Automaten werden künftig etwa 1,5 Millionen Arbeitskräfte pro Jahr ersetzen.

Obwohl in der Bundesrepublik Arbeitskräfte derzeit noch Mangelware sind, geht bei den Gewerkschaften bereits jetzt die Furcht vor dem Automaten-Buhmann und der technologischen Arbeitslosigkeit um. Otto Brenner, Chef der Industriegewerkschaft Metall, und Werner Bock, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, in deren Wirtschaftszweigen die Automation am schnellsten voranschreitet, wollen dafür sorgen, daß die „Lasten des technischen Fortschritts nicht einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden“.

Am Automaten-schreck haben die Gewerkschaftsbosse fleißig mitgeformt. Sie haben kürzere Arbeitszeiten und Lohnerhöhungen in einem Umfang erzwungen, daß die Unternehmer sich angesichts der rapide ansteigenden Lohnkosten nach billigeren Fertigungsmethoden umtun mußten. Bei den Wollwebereien beispielsweise verrichten fleißige Roboter schon heute zwölf Prozent aller Arbeiten, die Baumwollwebereien sind sogar zu 47 Prozent vollautomatisiert.

Allein der Arbeitskräftemangel hat es den Unternehmern bisher ermöglicht, den Automationsopfern einen neuen Job

zu geben. Trotz des Zuzugs von 700 000 Ausländern sind derzeit immer noch 500 000 Arbeitsplätze in Westdeutschland unbesetzt.

„Trotzdem haben wir eine wahnsinnige Angst vor der Stunde, in der die Produktion stagniert oder sinkt“, warnte Dr. Günter Friedrichs, 34, Leiter des Referats „Automation und Kernenergie“ beim Vorstand der IG Metall. „Dann nämlich werden die freigesetzten Arbeitskräfte keine neuen Stellen mehr vorfinden.“ Friedrichs, der im Auftrage Otto Brenners die Auswirkungen der Automation in England und den USA studiert, tischt seinem Vorstand laufend Alarmmeldungen auf.

So haben etwa die Ford-Werke ihre Motorenfabrik in Cleveland (Ohio) zu einer kapitalistischen Roboter-Kolchase umgebaut. Früher klopfen und bohren dort 2500 Monteure, jetzt sind es nur noch 250; trotzdem stieg die Motorenproduktion um 100 Prozent.

In der US-Schallplattenfabrik Columbia prästen bisher 250 Arbeiter in sechs Arbeitsgängen ihre Schnulzenteller. Heute stehen nur noch vier Aufseher gelangweilt um einen leise schnurrenden Apparat herum. Trotzdem verdoppelte sich die Produktion.

Die Roboter in Amerikas Schallplattenfabriken, so teilte das Funktionsorgan der IG Metall mit, würden den größten Teil der Arbeiter in der nächsten Zeit überflüssig machen.

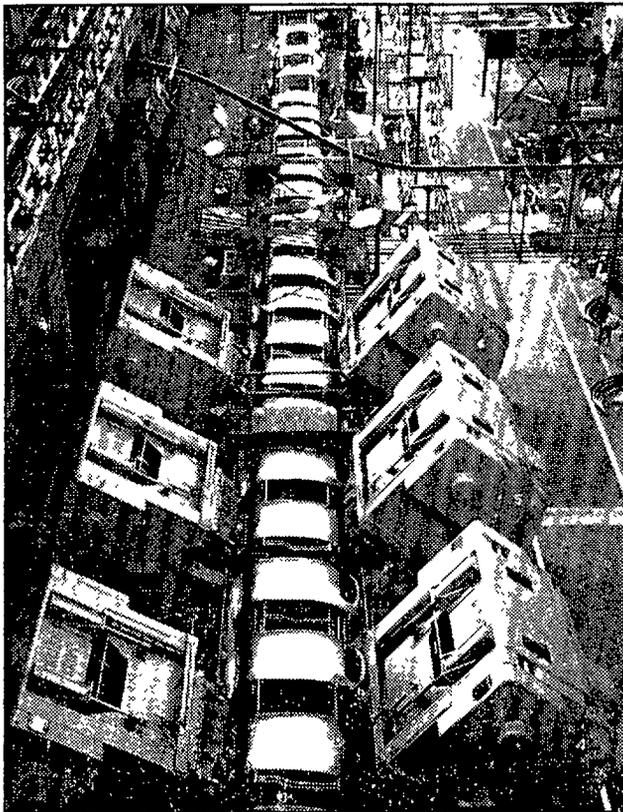
Auch an die Bürotüren pocht der Moloch Automation. Amerikanische Manager probieren derzeit die „phonetische Schreibmaschine“ aus: Sie diktieren ihre Geschäftspost einer elektrischen Vorzimmer-Perle, die unverzüglich und fehlerfrei die Sätze niederschreibt. Binnen weniger Jahre wird dieser Roboter etwa 1,5 Millionen Stenotypistinnen aus den Büros vertreiben.

Nach Schätzungen des US-Arbeitsministeriums verlieren seit längerem jährlich 1,5 Millionen Amerikaner durch die Automation ihren Arbeitsplatz und finden nur zum Teil eine neue Dauerbeschäftigung. Die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist deshalb in den USA bereits heute keineswegs mehr eine sozialpolitische Forderung, vielmehr verfolgen Gewerkschaften und Regierung damit allein den Zweck, das weitere Anschwellen der automationsgeschädigten Reservearmee einzudämmen. Die organisierten Angestellten forderten deshalb bereits die Vier-Tage-Woche mit 30 Arbeitsstunden.

Auch in der Bundesrepublik beginnt der Automations-Gargantua bereits nach den Kindern des Wohlstands zu schnappen. Der technische Fortschritt fraß in der westdeutschen Industrie bereits in den Jahren 1956 bis 1960 87 100 Arbeitsplätze, davon allein 37 700 in der Textilindustrie.

Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Betriebe im Fahrzeugbau um 4,5 Prozent, in der Textilindustrie um fünf Prozent, bei den Glasherstellern um 5,7 Prozent und bei der Ledererzeugung um 6,6 Prozent, weil eine Anzahl Unternehmen nicht über ausreichendes Eigenkapital für Rationalisierungsinvestitionen verfügte. Von 110 Strumpferstellern mußten bis jetzt 35 den Betrieb schließen.

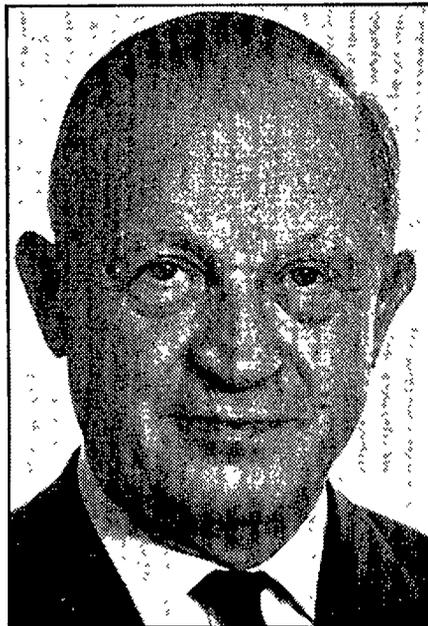
Die Zigaretten-, Zigarren- und Tabakindustrie entließ innerhalb von vier Jahren 22 Prozent ihrer Beschäftigten. Die einstmal 526 Betriebe der Tabakver-



Automatische VW-Dachpresse: Die Opfer des Fortschritts...

arbeitung konnten den Duft der großen weiten Welt nicht mehr frohen Herzens genießen. Bis 1960 schrumpfte die Zahl der Firmen auf 446 zusammen.

Zwar finden die Automationsvertriebenen zur Zeit noch in anderen Abteilungen ihrer Betriebe Arbeit, aber bereits heute müssen sie dafür häufig erhebliche Nachteile in Kauf nehmen. Durch Rationalisierungsmaßnahmen sparten beispielsweise die 42 Textilbetriebe von Mönchengladbach in Oberfranken rund 1000 Arbeitsplätze ein. Die betroffenen Arbeiter wurden zum Teil, insbesondere soweit sie älter als 50 Jahre waren,



VW-Chef Nordhoff
... beziehen Klammerlohn

entlassen. Dabei verloren sie wohlverworbene Rechte, wie den Anspruch auf Werkswohnungen, Werkspension und freiwillige Sozialleistungen.

Den restlichen Opfern der Münchberger Automation wurden die übertariflichen Löhne reduziert, weil ihre neue Tätigkeit den ursprünglichen Leistungslohn nicht mehr rechtfertigt. Ein Weber, der zuvor mechanische Maschinen bediente und einen Akkordlohn von 3,20 Mark erzielt hatte, verdient jetzt als Hilfsarbeiter an den Automaten nur noch 2,60 Mark.

Die Mönchengladbacher Textilindustrie entließ allein im vergangenen Jahr 1070 Weber und Spinner, die an ihrem Wohnort meist keine neue Arbeit fanden und nun zwischen Mönchengladbach und Neuß, Köln oder Düsseldorf pendeln müssen. Zum Kummer

der Gewerkschaften läßt die Automation unter den Wohlstandsbürgern ein neues Proletariat entstehen.

Dazu Gewerkschaftler Dr. Günter Friedrichs: „Zu Beginn der Automationsdiskussion hofften die Gewerkschaften, daß die moderne Technik dem Arbeiter wesentlich höherwertige Tätigkeitsmerkmale bescheren würde. Die Wirklichkeit verlief genau umgekehrt: Je höher der Mechanisierungsgrad ist, desto geringer werden die Anforderungen an den Arbeitnehmer.“ Die Idiotie des Roboters infiziert seinen Aufseher.

Zur Arbeit an einer konventionellen Drehbank ist ein gelernter Dreher mit abgeschlossener Lehre erforderlich. Ein moderner Drehautomat hingegen kann von einem kurzfristig angelernten Hilfsarbeiter bedient werden. Dieser Umstand hält viele Jugendliche davon ab, den Abschluß einer Lehre anzustreben. Die Facharbeiter hingegen erleiden Nachteile, da sie im Namen der Rationalisierung nicht selten zu Hilfsarbeitern degradiert werden.

Nur in der von der Konjunktursonne beschienenen Automobilindustrie konnten die Werke bislang den Arbeitern einen Ausgleich für die Automationsverluste bieten. Die anhaltende Expansion und die überhöhten Automobilmpreise machten es möglich, die freigesetzten Arbeiter zu den alten Lohnbedingungen weiterzubeschäftigen. Dabei aber sammelt sich in den Betrieben gefährlicher Sprengstoff an.

Die Daimler-Benz AG hat für ihre Automationsvertriebenen ein besonderes Lohnverfahren ausgeklügelt: den sogenannten Klammerlohn. Dreher, die an ihrer alten Werkbank einen Basislohn von 2,21 Mark hatten und jetzt an neuen Drehbank-Robotern arbeiten müssen, haben für diese Tätigkeit nur noch Anspruch auf 2,11 Mark Grund-

lohn. Dieser Betrag erscheint jedoch auf dem Lohnzettel lediglich in Klammern, in Wirklichkeit zahlt das Unternehmen den alten Lohn von 2,21 Mark.

Hingegen verdienen alle neuangestellten Dreher nur 2,11 Mark je Stunde. Nach dem Daimler-Beispiel verfährt auch das VW-Werk. Diese Praxis — ungleicher Lohn für gleiche Arbeit — führte in den vergangenen Monaten sowohl in Wolfsburg als auch in Untertürkheim häufig zu innerbetrieblichem Hickhack.

VW-Chef Nordhoff, der in seinem Werk die Automation derart forciert, daß jährlich etwa 4000 Arbeitskräfte für andere Aufgaben frei werden, nahm im März dieses Jahres in den mit der IG Metall abgeschlossenen Werkstarif eine „Automationsklausel“ auf. Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz an einen Roboter verlieren und deshalb eine minderwertige Tätigkeit ausüben müssen, erhalten wenigstens drei Monate lang ihren alten Lohn. In dieser Zeitspanne ist das VW-Werk bemüht, den Automobilbauern einen Arbeitsplatz zu beschaffen, „auf dem der bisherige Verdienst erzielt wird“.

Aber auch mit diesem Entgegenkommen ist Otto Brenner nicht zufrieden:

Alle westdeutschen Unternehmer sollen den Automationsvertriebenen nicht nur gleichwertige Arbeitsplätze geben, sondern ihnen ein halbes Jahr lang den alten Lohn zahlen, einerlei welche Tätigkeit die Arbeiter ausüben.

Textilarbeiter-Führer Werner Bock hat die „grundsätzliche Bejahung von Rationalisierungsmaßnahmen ... an eine Reihe von Bedingungen“ geknüpft:

- ▷ Die Unternehmer sollen ihre Betriebsräte rechtzeitig über Automationsprojekte unterrichten und ihnen alle Planunterlagen aushändigen;
- ▷ Vertreter der Gewerkschaft „sind bei allen Phasen“ der Verhandlungen hinzuzuziehen;
- ▷ Automationsopfer sollen auf Kosten der Unternehmen für eine andere Tätigkeit ausgebildet werden und für die Dauer der Kurse ihren alten Lohn erhalten;
- ▷ Arbeitern, die entlassen werden müssen, soll eine Übergangshilfe von drei bis zwölf Monatsverdiensten gewährt werden.

Bocks Textil-Gewerkschaft, deren Automations-Postulate vom Gesamtverband der Textilindustrie abgelehnt wurden, und Otto Brenner versuchen nun, durch Zusatzklauseln in den regionalen Tarifverträgen die Arbeiter vor den Automationsfolgen zu schützen, solange die Konjunktur noch anhält und die Unternehmer auf gutgelaunte Mitarbeiter angewiesen sind.

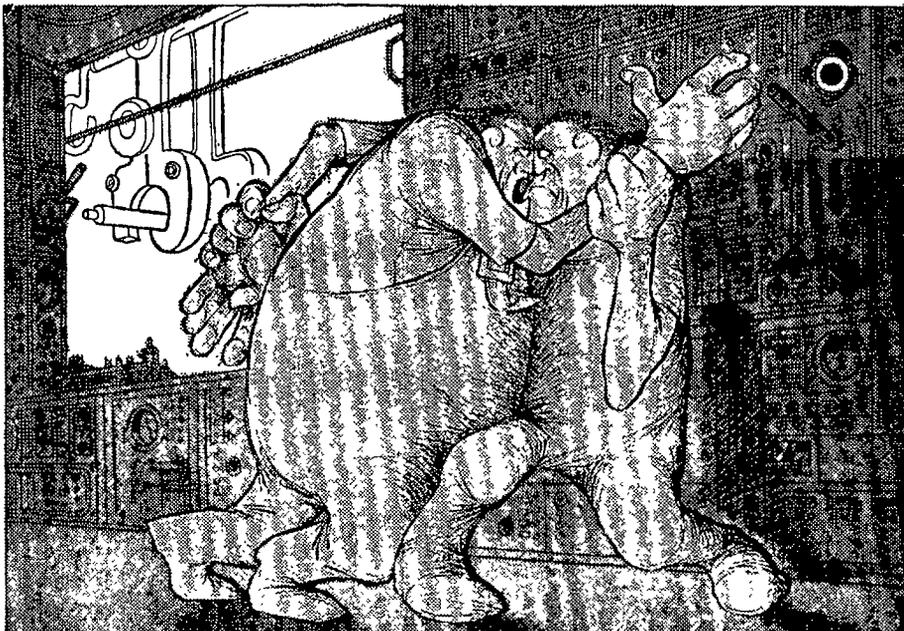
SOWJETZONE

BÜROKRATIE

Molto triste

Nach Abschluß aller Parteifeinde hat sich Walter Ulbricht von seinen Treibern frisches Wild vor die Flinte drücken lassen: Der Parteichef strich die Schonzeit für Bürokraten.

Guten Muts vertraut er nun darauf, der aufgestaute Zorn der DDR-Bewohner über die Unzulänglichkeiten ihres Daseins werde sich nicht über ihm, dem



Simplicissimus

Neu: Der Unterbelasteten-Koller — „Hast du Schwein mir nicht vor sieben Wochen in die Hand versprochen, bei der nächsten Störung dürfte ich den Handgriff tun?“

Initiator der Misere, sondern über der zwar weitgehend unfähigen, aber unschuldigen Staats- und Parteibürokratie entladen.

Das fröhliche Jagen hub an mit einem Probeschuß. In der Pose des gültigen Landesvaters mit dem Herz auf dem rechten Fleck räsonierte Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht im Herbst 1960: „Es wird noch zu sehr kommandiert, abgewiesen, anderen über den Mund gefahren, rechthaberisch aufgetreten und bevormundet.“

Gleichwohl geschah nichts: Die Bürokraten hielten den Verweis für eine jener rhetorischen Phrasen, die sie in jahrelanger Übung zu überhören gelernt hatten. Erst 24 Monate später, im November dieses Jahres, begriffen sie, daß ihr Chef es ernst gemeint hatte.

Erste, gezielte Schüsse fielen in der Provinz. Subalternfunktionäre im mecklenburgischen Kreisstädtchen Lübz

mußten sich — weidwund — in Selbstkritik flüchten, weil sie der Kriegerwitwe Charlotte Quaß eine bereits zugesprochene Wohnung vier Wochen vor dem Einzug wieder hatten nehmen wollen. Und das, obschon Mutter Quaß sich nicht nur als Bürgermeistersekretärin gewisse Meriten erworben, sondern der Republik zudem sechs Kinder geschenkt hatte.

Auch im Süden gab es Blattschüsse. Der Partei-Landwirt Heinz Wittig, Vorsitzender der thüringischen Muster-LPG „Wilhelm Pieck“, durfte im „Neuen Deutschland“ den Rat des Kreises Gera-Land öffentlicher Lächerlichkeit preisgeben: Die Kreisräte hatten dem Genossenschaftsbauern einen Mann aus der Kulturabteilung mit dem Auftrag geschickt, gute Ratschläge zur raschen Bergung der Ernte auszuteilen.

Im Chemnitzer Textil-Rayon traf der Ostberliner Kugelhagel etliche



Zonen-Chef Ulbricht, Genossen: Elsas Dachschaten als Partei-Exempel